

Hat BP aus den Fehlern Freeports gelernt ?

Das »Tangguh-Erdgasprojekt« in West Papua – eine kritische Zwischenbilanz

Hartmut Poth

Nach fast dreijähriger Verzögerung wurde am 7. März 2005 die endgültige Entscheidung über die Fortführung des Tangguh Projekts von BP verkündet. Damit tritt das fünf Milliarden US-Dollar Projekt in der Bintuni Bucht West Papuas in die abschließende Konstruktionsphase und soll voraussichtlich Ende 2008 mit zwei voll ausgebauten Produktionslinien sieben bis acht Millionen Tonnen Flüssiggas im Jahr fördern, womit sechs Prozent des heutigen Weltbedarfs gedeckt werden könnten.

Die Vorbereitungsphase mit dem Bau einer 1.300 Meter langen Landebahn und eines Piers in der Nähe des Ortes Babo und der Errichtung des Basecamps für die Konstruktionsfirma der Flüssiggasfabrik sowie die dazu notwendige Umsiedlung des Ortes Tanah Merah wurde bereits abgeschlossen.

Es ist daher an der Zeit eine Zwischenbilanz zu ziehen und die bisherigen Aktivitäten des BP-Konzerns, der mit ca. 40 Prozent Kapitalanteilen federführend das Projekt leitet, kritisch zu reflektieren. BP war im Frühjahr 2001 – in der Startphase des Tangguh Erdgasprojekts – mit dem Versprechen angetreten eine möglichst sozial- und umweltverträgliche Realisierung zu gewährleisten, wobei die Prinzipien der Durchführung wie Beratung, Partnerschaft, Teilhabe und Nachhaltigkeit in Gemeinschaft mit der betroffenen Bevölkerung umgesetzt werden sollten. Dieses Vorgehen unterschied sich damals erheblich von dem anderer multinationaler Konzerne, die in West Papua operieren und die, wie insbesondere das Beispiel Freeport gezeigt hat, kaum Rücksicht auf Mensch und Umwelt genommen haben, sondern vielmehr in Zusammenarbeit mit dem indonesischen Militär für schwerste Menschenrechtsverletzungen verantwortlich zu machen

sind. Eine Reihe von Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) wie Tapol und Down to earth aus Großbritannien, watch indonesia und das West Papua Netzwerk in Deutschland, die direkte Kontakte zu Betroffenen in der Bintuni Bucht haben und sich selbst auch ein Bild vor Ort von den Aktivitäten des BP Konzerns machen konnten, haben als kritische Beobachter in den vergangenen fünf Jahren gerade in schwierigen Fragen wie Menschen- und Landrechten, Umsiedlung und Entschädigung sowie Sicherheit und Umweltschutz, BP nicht nur an seinen Worten sondern auch an der Umsetzung der jeweiligen Vorhaben gemessen und Defizite kritisch kommentiert.

Öffentlichkeitsarbeit und Transparenz

Die Informationspolitik des BP Konzerns zum Tangguh Projekt verläuft im Wesentlichen auf zwei Schienen. Zum einen die lokale Information und Aufklärung der direkt betroffenen Bevölkerung in der Bintuni Bucht, bei denen es sich um ca. 26.000 Bewohner handelt, zum anderen die Informationen über die Fortschritte des Projektes für die interessierte Öffentlichkeit weltweit, insbesondere NGOs und Solidaritätsgruppen.

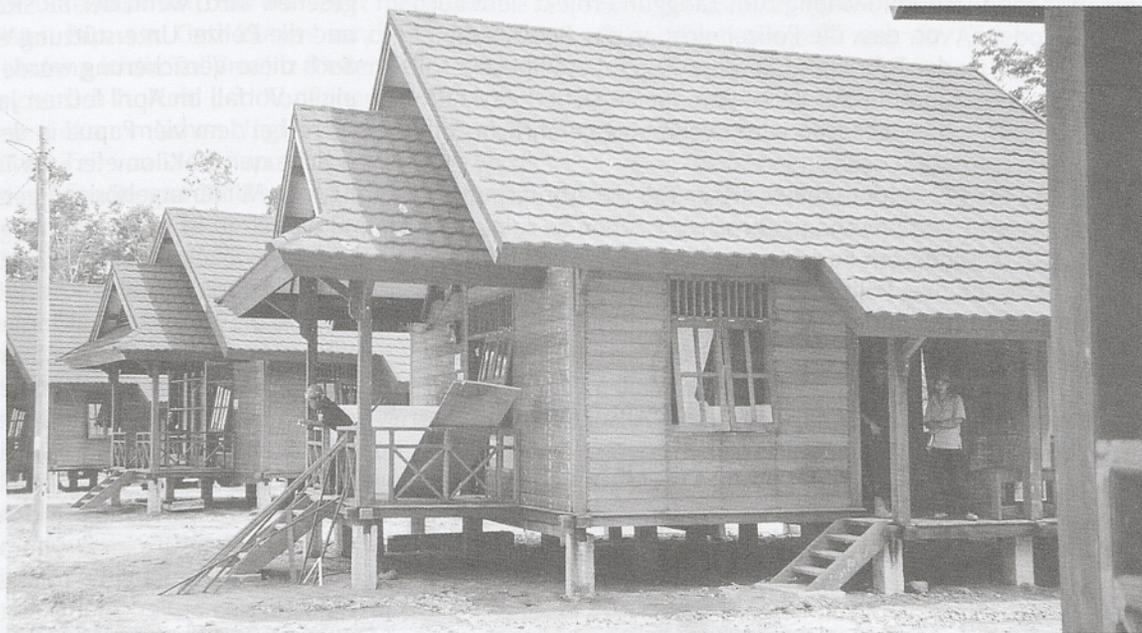
Für die erste Gruppe hat BP in der Vorbereitungsphase des Projekts zahlreiche Konsultationen in den betroffenen Dörfern und Gemeinden abgehalten (siehe Karte). Bei diesen Versammlungen stand allerdings nie zur Diskussion, ob das Megaprojekt in der Bintuni Bucht verwirklicht werden sollte, sondern es ging lediglich um Fragen der Abwicklung des Projekts und entsprechende Entschädigungen für die notwendigen Umsiedlungsmaßnahmen in Form von Dorf- und Infrastrukturentwicklung. Hierbei stellt sich die Frage, inwieweit die Bevölkerung in der Bintuni Bucht in der Lage war, die Auswirkungen und langfristigen Folgen dieses Erd-

gasförderprojektes überhaupt abzuschätzen. Sicherlich standen zuerst einmal die kurzfristigen Verbesserungen der Lebenssituation in finanzieller und materieller Hinsicht im Vordergrund, die sie bewogen haben, sich nicht grundsätzlich gegen das Vorhaben von BP zu stellen.

gung der Steuerzahlungen von BP an die indonesische Regierung nach dem Beginn der Erdgasförderung, lässt BP allerdings noch die geforderte Transparenz vermissen. Dies ist aber gerade für West Papua von großer Wichtigkeit, denn nur so kann überprüft werden, ob ent-

BP hat in der Nähe von Saengga, Bintuni-Bucht, die neue Siedlung Tanah Merah Baru errichtet.

Foto: Uwe Hummel



Als Informationsträger für die lokale Bevölkerung hat BP mehrere Ausgaben des Tabura newsletters in Indonesisch und Englisch herausgegeben, in denen über die Fortschritte des Projekts berichtet wurde. Im letzten Jahr wurde ein weiteres Informationsblatt in indonesischer Sprache aufgelegt, das sich Kabar dari Teluk (KaDaTe) nennt, was soviel heißt wie »Neues aus der Bucht« und in dem neben den Fortschritten beim Bau der Gasförderanlagen insbesondere die sozialen Entwicklungsmaßnahmen in der Region dargestellt werden sollen. Weiterhin werden zwei Kommunalradiosender im Norden und im Süden der Bucht installiert, die in Zusammenarbeit mit einer Papua NGO Jaringan Radio Komunitas Papua (JRKP) betrieben werden.

Bei näherer Betrachtung dieser Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit wird schnell klar, dass sie im Wesentlichen der Imagepflege von BP dienen und keine unabhängigen Informationen liefern. Dies gilt in gewisser Weise auch für das vierteljährlich erscheinende Stakeholder Update (www.bp.de), das allerdings gerade zwischen den Zeilen wichtige Informationen transportiert. Als weitgehend unabhängige Information zum Tangguh Projekt kann der jährliche Bericht des Tangguh Independent Advisory Panel (TI-AP) eingestuft werden. Bei heiklen Fragen wie dem Verhältnis zur Polizei und dem Umgang mit Menschenrechtsfragen sowie der Offen-

sprechend des Sonderautonomiegesetzes die Einnahmen aus dem Erdgasgeschäft auch wirklich an die Menschen in der Provinz zurück fließen.

Militär und Menschenrechte

Dies ist sicherlich einer der kritischsten Punkte des gesamten Erdgasprojekts, da mögliche Konflikte und das Eingreifen des indonesischen Militärs fatale Folgen für die Bevölkerung haben könnten.

BP sicherte daher von vornherein zu, keinerlei Zahlungen an das indonesische Militär oder indonesische Geheimdienste zu tätigen. Vielmehr sollte die Sicherheit des Tangguh Projektes durch die Ausbildung der lokalen Bevölkerung zum Sicherungspersonal der Erdgasanlage gewährleistet werden. Diese so genannte Integrated Community Based Security (ICBS) stellt ein absolutes Novum in der Sicherung von Fabrikanlagen multinationaler Konzerne in Indonesien dar. Hierzu durchliefen bisher über 100 Sicherheitskräfte in vier Seminaren ein Menschenrechtstraining, welches von verschiedenen Menschenrechtsorganisationen aus West Papua durchgeführt wurde. Am Ende der Seminarreihe sollen ca. 200 Sicherheitsleute von Tangguh an den Seminaren teilgenommen haben.

Im April 2004 wurde weiterhin in einem Abkommen mit der Polizei festgelegt, dass sich sowohl die BP Sicherheitskräfte wie auch die Papua Polizei an Menschenrechtsstandards halten und auftretende Probleme ohne Gewalt und Einschüchterung gelöst werden sollen. Diese Abmachung zum Tangguh Projekt sieht auch vor, dass die Polizei nicht an der Bewachung der Fabrik und Förderanlagen beteiligt sein soll, und nur auf Verlangen der BP-Sicherheitskräfte hinzugezogen wird, wenn eine gefährliche Situation droht.

Leider scheint dieser Teil der Abmachung von BP schon gebrochen worden zu sein, denn neusten Berichten zufolge, sollen sich bereits zwei Polizisten im Tangguh base camp aufhalten und es gibt Pläne, nach denen im Ort Saengga Polizei und Dorfschutzeinheiten (Babinsa) stationiert werden sollen.

Ganz ähnlich sehen die Absprachen mit dem Militär aus. Auch hier wurde in dem Abkom-

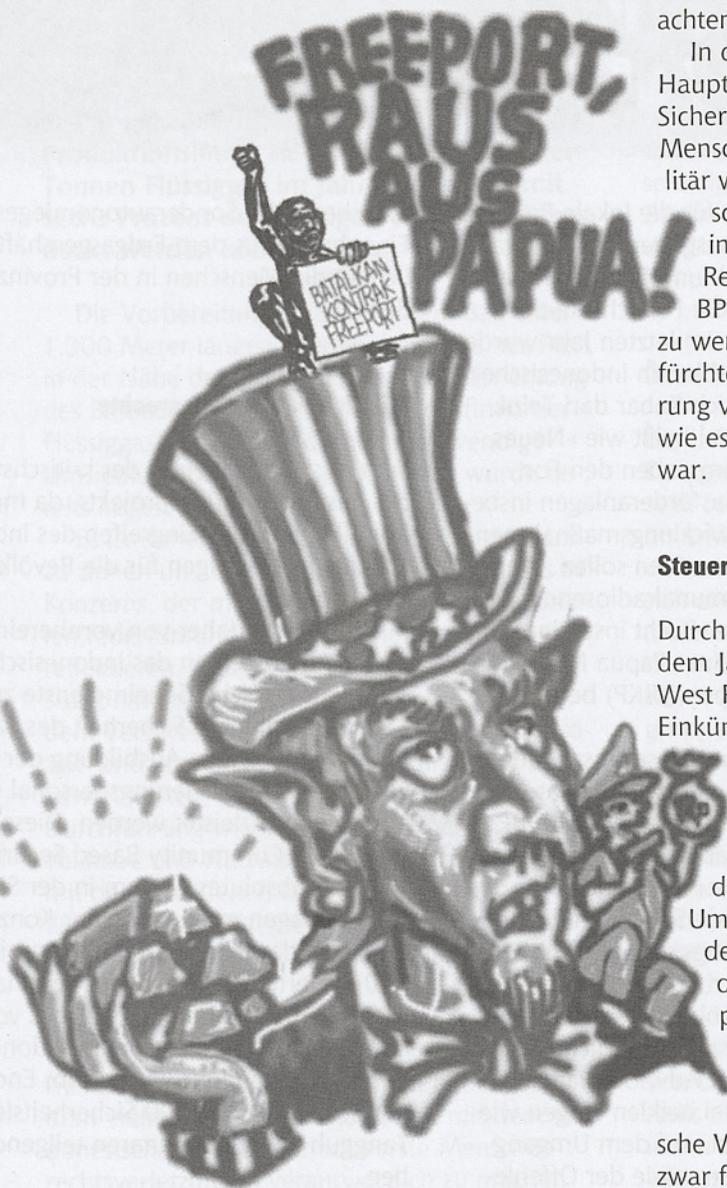
men mit BP zur »Community-based security policy« vom Regionalkommandeur Major General Nurdin Zainal zugesichert, dass keine Militäreinheiten (TNI) im oder in der Nähe vom Tangguh Projekt stationiert werden sollen und ein Eingreifen des Militärs nur als letztes Mittel gesehen wird, wenn der BP Sicherheitsdienst und die Polizei Unterstützung einfordern. Aber auch diese Versicherung wurde bereits durch einen Vorfall im April letzten Jahres unterminiert, bei dem vier Papua in der Stadt Meryadi, welche nur 20 Kilometer von Tangguh entfernt ist, von Militärangehörigen getötet wurden.

Weiterhin ist geplant im Zuge der Einrichtung der neuen Provinz »West Irian Jaya« die Truppenstärke um eine Kostrad-Division von 12.000 bis 15.000 Mann in den nächsten vier Jahren zu erhöhen, die in Sorong stationiert werden soll. Dies entspricht vielen aktuellen Berichten aus West Papua, wo die Menschen eine ständige Verstärkung der Militäreinheiten beobachten.

In dieser Entwicklung ist daher auch das Hauptproblem BPs im Zusammenhang mit der Sicherheit des Tangguh Projekts und möglichen Menschenrechtsverletzungen zu sehen. Das Militär wird mit hoher Wahrscheinlichkeit Ausschreitungen und Unsicherheit in Tangguh inszenieren, um dann zur Herstellung von Recht und Ordnung als letztes Mittel vom BP Sicherheitsdienst und der Polizei gerufen zu werden. Dies ist vor allem deswegen zu befürchten, da sich das Militär – trotz der Zusicherung von BP – finanzielle Zuwendungen erhofft, wie es bisher insbesondere bei Freeport der Fall war.

Steuergelder und Sonderautonomie

Durch das Sonderautonomiegesetz Nr. 45 aus dem Jahr 2001 (UU 21/2001) sollte der Provinz West Papua ein erheblich höherer Teil aus den Einkünften der Rohstoffausbeutung zu Gute kommen. Diese finanziellen Mittel sollten in den Ausbau der Infrastruktur, des Gesundheitswesens und vor allem des Bildungswesens investiert werden. Durch die massive Verschleppung der konkreten Umsetzung des Autonomiegesetzes und durch den Präsidentenerlass von Megawati aus dem Jahr 2003, der die Teilung West Papuas in drei Provinzen vorsah, wurden diese grundsätzlich positiven Ansätze des Sonderautonomiegesetzes konterkariert. Im Oktober 2004 erklärte das indonesische Verfassungsgericht den Präsidentenerlass zwar für verfassungswidrig, die aber schon aus-



gerufene Teilprovinz West Irian Jaya (Irian Jaya Barat) wurde als Faktum anerkannt, obwohl für diese Teilprovinz keine gültige Rechtsgrundlage besteht. Diese unsichere politische Situation hat natürlich erhebliche Auswirkungen auf das Tangguh Projekt und die damit verbundenen Steuereinnahmen, die nun nicht mehr ganz West Papua zu Gute kämen, sondern in großem Umfang in die Teilprovinz fließen würden, was sicherlich zu Neid und Konflikten sowie zu einem ökonomischen Ungleichgewicht im restlichen Teil von West Papua führen würde. Nach einer Studie von 2002 werden die jährlichen Einkünfte nach 2012 für die Provinz ca. 100 Millionen US-Dollar betragen und dies wahrscheinlich über einen Zeitraum von vielen Jahren. Die Gesamteinkünfte für Indonesien für die nächsten 30 Jahre aus Produktionsanteilen und Steuereinkünften werden auf zwölf Milliarden US-Dollar geschätzt, bei einer erwarteten Förderung von 18 Trillionen Kubikmeter Gas. Davon könnte die Regierung Papuas insgesamt 3,6 Milliarden US-Dollar erhalten. Wie diese Geldmengen sinnvoll in Entwicklungsprojekte in West Papua oder West Irian Jaya fließen könnten, ist ein weiteres Problem, dem sich die Provinzregierung und BP stellen müssen. Hier ist angedacht, dass die Weltbank durch entsprechende Fonds den Geldfluss reguliert und somit langfristiger und kontinuierlicher Geldmittel bereitgestellt werden können.

Landrechte und Dorfentwicklung

Massive Kritik am Umgang mit den Landrechten wird in einem Brief vom 30. August 2004 an die indonesische Regierung und an BP, von drei Stämmen aus der Bintuni Bucht, geübt. Der Stamm der Simuna, der Soway und der Wayuri widerruft in diesem Schreiben die 1999 erfolgte Übergabe von 50 Hektar Land in dem Gebiet des alten Tanah Merah Dorfes an die staatliche Erdölgesellschaft Pertamina. Die Rücknahme der Landübertragung bzw. die Forderung nach einer erneuten Verhandlung dieses Falls wird damit begründet, dass es keinerlei schriftlichen Vertrag über die Abtretung des Landes durch den Soway Stamm gibt und dass die Bedingungen für die Übergabe nicht legal waren, da den Stämmen keine ausreichenden Informationen über den Status des Landes und dessen genaue Lage gegeben wurde. Weiterhin sei ihnen keinerlei Gelegenheit gegeben worden die Bedingungen des Vertrages vor der Unterzeichnung genau zu studieren.

Die Stämme verlangten daher die Einstellung aller Aktivitäten am Tangguh Projekt, bis dieser

Fall geklärt wäre. BP versuchte sich argumentativ so aus der Affäre zu ziehen, dass die Landübergabe bereits 1999 stattgefunden hätte, als BP noch nicht in das Projekt involviert war und sie sich nur als Vertragspartner mit der Regierung sähen, und sie keine Verfügungsbefugnis über Landrechtsfragen hätten. Auf der anderen Seite unterbreitete BP aber ein Angebot über eine Entschädigungszahlung von 100.000 US-Dollar als abschließende Lösung des Falls, welches die Stammesvertreter zurückwiesen.

Eine weitere ungeklärte Landrechtsfrage an der Nordküste der Bintuni Bucht wird bisher ebenfalls von BP ignoriert. Hier machen Bewohner der Nordküste, basierend auf ihren Adatrechten, den Anspruch geltend, dass ihnen das Gas gehören würde. In dieser Frage liegt ein grundsätzliches Problem der indonesischen Regierung im Umgang mit den indigenen Adatrechten, die immer hinter den Interessen des großen Geschäfts mit der Ausbeutung von Ressourcen zurückstehen müssen. Da die Bewohner nach indonesischem Recht zwar keinen rechtlich einklagbaren Anspruch auf die Bodenschätze haben, müsste BP diese Ansprüche aufgrund der Adatrechte dennoch berücksichtigen.

Hinzu kommt eine erhebliche Ungleichbehandlung der Bevölkerung der Südküste und der Nordküste. Da durch die Konstruktion der Fabrikanlagen zur Gasverflüssigung an der Südküste der Bintuni Bucht die Orte Tanah Merah, Saengga und Onar am meisten betroffen sind, erhielten ihre Bewohner erheblich größere Entschädigungsleistungen und Zuwendungen in Form von Entwicklungsprojekten. Diesem Problem versucht BP zurzeit durch die verstärkte Realisierung von Dorfentwicklungsprojekten wie zum Beispiel Trinkwasseranlagen, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen sowie Selbsthilfeprojekte für den Hausbau, in den Gemeinden an der Nordküste entgegen zu treten.

Die Umsiedlung des Ortes Tanah Merah, der der Fabrikanlage weichen musste, und in dessen Zuge 101 Familien in der Nähe des Ortes Saengga eine neue Siedlung erhielten, während elf Familien in die Nähe des Ortes Onar umgesiedelt wurden, hat allerdings den Neid der Bewohner der Nordküste weiter geschürt.

Die neuen Häuser und Infrastrukturanlagen ziehen außerdem Immigranten an, die auf der Suche nach Arbeit insbesondere aus Sulawesi in die Orte kommen und sich in den neuen Häusern einmieten bzw. diese direkt den Papuafamilien abkaufen, für die sie eigentlich errichtet wurden. Da in der jetzt beginnenden Konstruktionsphase 3.500 bis 5.000 Arbeiter benötigt werden, wird die Zuwanderung noch erheblich

zunehmen und obwohl bisher 500 Papuas bei BP angestellt sind, besteht die Gefahr, dass die Immigranten sehr schnell die Geschäfte und wirtschaftliche Entwicklung rund um das Tangguh Projekt in die Hand nehmen und die Papua Bevölkerung kaum daran teilhaben wird. (siehe Foto Laden in Saengga) Auch der Versuch durch eine Erhöhung des Wirtschaftswachstums in Sorong, Manokwari und Fak-Fak den Zustrom von Arbeitsimmigranten in das Tangguh Projekt abzumildern, scheint bisher fehlzuschlagen.

Es muss daher von BP ein noch stärkeres Engagement im Ausbau der Bildungseinrichtungen und in der Ausbildung der lokalen Bevölkerung eingefordert werden, damit sie überhaupt höher qualifizierte Jobs im Tangguh Projekt übernehmen und so an der wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben können. In diesem Zusammenhang spielt die von BP zugesicherte Strategie zur Förderung der Sozial- und Wirtschaftsstruktur (»Integrated Social Strategy« und »Diversified Growth Strategy«) eine Schlüsselrolle. Dieses von Augustinus Rumansara geleitete Programm soll durch die Förderung des Finanzwesens, die Vergabe von Kleinkrediten und

geraten, die in Zusammenarbeit mit indonesischem Militär und Polizei für zahlreiche Menschenrechtsverletzungen verantwortlich zu machen sind.

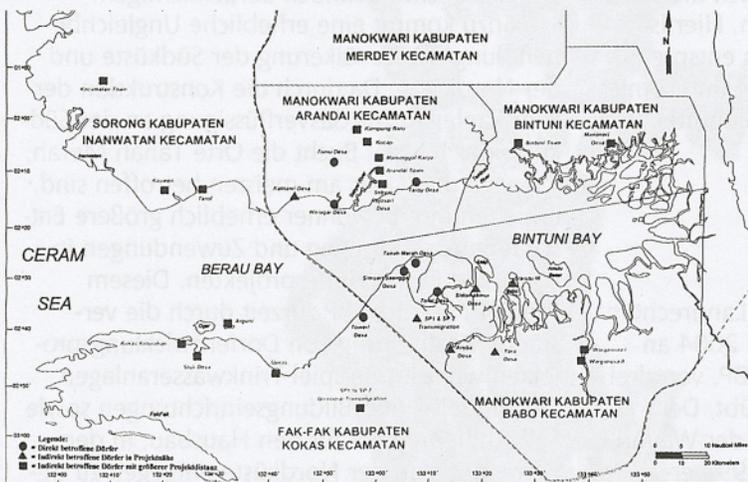
Hat BP dabei aber wirklich aus den Fehlern anderer Konzerne gelernt oder ist die Tangguh Politik nur von vornherein besser durchdacht und sorgfältiger vorbereitet worden, weil einfach finanziell zu viel auf dem Spiel steht?

Wahrscheinlich trifft beides zu, denn die Transparenz bei der bisherigen Durchführung des Projekts und die Diskussionsbereitschaft der Verantwortlichen bei BP mit den involvierten und beobachtenden NGOs ist durchaus positiv zu bewerten. Allerdings ergaben sich daraus auch viele Vorteile für BP, denn so konnte das Insiderwissen der NGOs genutzt werden, um schon im Vorfeld Fehler zu vermeiden. Diese Transparenz muss aber alle Bereiche mit einbeziehen und darf heikle Fragen nicht ausschließen.

Insbesondere die wirtschaftlichen Auswirkungen des Projekts für die direkt betroffenen Papua in der Bintuni Bucht muss kritisch verfolgt werden. Hier sind bei den bisherigen Programmen schwere Defizite zu bemängeln und es steht zu befürchten, dass die Papua von dieser Entwicklung überrollt werden.

Die Anstrengungen das Militär und die Polizei nicht in die Projektsicherheit zu involvieren sind sicherlich positiv, doch bei der Schlüsselfrage zur Sicherheit des Tangguh Projekts und der Wahrung der Menschenrechte muss sich der BP Konzern der aktuellen politischen Situation in West Papua stellen, auch wenn die Verantwortlichen immer wieder beteuern, dass sie sich in die Politik der indonesischen Regierung nicht einmischen können.

Jahrelange Unterdrückung, Menschenrechtsverletzungen und Ausbeutung der reichen Ressourcen West Papuas sowie die mangelhafte Umsetzung des Autonomiegesetzes durch die indonesische Regierung haben zu einer äußerst angespannten politischen Situation in West Papua geführt. Dies ist der alles entscheidende Unsicherheitsfaktor und BP muss sich bei allen Operationen, die das Tangguh Projekt betreffen, bewusst sein, dass bei Erdgasbohrungen auf einem Pulverfass niemals Sicherheit für die Bevölkerung garantiert werden kann.



Lage der vom Tangguh-Gasprojekt betroffenen Gemeinden

Quelle: BP

die Ausbildung von Mitgliedern der Provinzregierung, die verschiedensten Wirtschaftsbereiche in denen die Papua Bevölkerung tätig ist (Fischfang, Landwirtschaft, Transportwesen, usw.) stärken und ausbauen.

Resümee

Abschließend bleibt also festzustellen, dass BP mit der bisherigen Strategie zur Realisierung des Tangguh Projekts diverse Anstrengungen unternommen hat nicht in das Fahrwasser anderer multinational operierender Konzerne zu

Der Autor ist Biologe und Geograf, er engagiert sich in der Regenwaldgruppe Bochum und ist Mitglied im Beirat des West Papua Netzwerks.